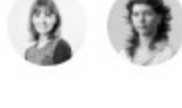


Bernere Parteien reagieren

Jetzt kommt die Demo gegen das Demoverbot

Das Verbot von Grossdemonstrationen in der Berner Innenstadt spaltet die Politzszenen: Die Bürgerlichen stellen sich hinter den Gemeinderat. Die Linken wollen ihn zurückpfeifen.



Simone Klemenz, Lisa Kwasny
Publiziert: 09.11.2023, 19:15

79



Soll es in den nächsten Wochen in Bern nicht mehr geben: Pro-Palästina-Kundgebungen.

Foto: Jürg Spori

Zibelemärit und Lichtershow: ja. Grössere Kundgebungen und Umzüge: nein. So stellt sich der Berner Gemeinderat die Vorweihnachtszeit vor. Er verbannt während fünf Wochen Grossdemonstrationen aus der Innenstadt. Dies wegen der «angespannten Stimmung» an vergangenen Palästina-Demos und weil bereits diverse Veranstaltungen und Grossanlässe anstünden. Es ist ein Entscheid, der Wellen schlägt.

Gerade im linken Lager regt sich Widerstand. «Ein Pauschalverbot ist der falsche Weg», sagt Barbara Keller, Fraktionspräsidentin der SP und Juso Stadt Bern. Kommerzielle Veranstaltungen würden über demokratische Rechte gestellt. Auch die Co-Fraktionspräsidentin des Grünen Bündnisses und der Jungen Alternativen, Lea Bill, sieht den Entscheid der Stadt höchst kritisch. «Mir ist schleierhaft, auf welche rechtliche Basis sich der Gemeinderat stützt», sagt Bill.

Für beide Parteien ist klar: Sie wollen den Entscheid der Stadt nicht hinnehmen. Am Donnerstag arbeiteten sie gleich mehrere Vorstösse aus. Darunter: eine dringliche Motion, die den Gemeinderat dazu auffordert, den Entscheid zurückzunehmen.

Aber was wäre die Linke, wenn sie nicht auch auf der Strasse Widerstand bieten würde? So hat die Alternative Linke bereits eine Demonstration gegen das Demoverbot angekündigt – in der kundgebungsfreien Zeit. Wird ihr Bewilligungsgesuch abgelehnt, wird sie rechtlich dagegen vorgehen.

Kommt es zur Beschwerde?

Je nachdem, wie es auf der politischen Ebene weitergeht, will sich auch der Verein Demokratische Juristinnen und Juristen Bern (DJB) einschalten und allenfalls rechtliche Schritte gegen das Verbot ergreifen. «Wir prüfen momentan unsere Möglichkeiten», sagt Geschäftsleiterin Selma Kuratle auf Anfrage.

Der Verein hatte den Entscheid der Stadt zuvor in einer Mitteilung als «unverhältnismässig und widerrechtlich» kritisiert. Er widerspreche der grundrechtlich geschützten Versammlungsfreiheit, so Kuratle. Die Verhältnismässigkeit sei nicht gegeben, da die Stadt nicht das mildestmögliche Mittel gewählt habe, nämlich jeden Antrag einzeln zu prüfen.

Erfahrungen mit dem Rechtsweg hat die Juristin und Stadträtin Simone Machado (GaP). Sie hat sich bereits zu Corona-Zeiten gegen das damalige faktische Kundgebungsverbot der Stadt gestellt. Das Bundesgericht hiess ihre Beschwerde gut. Der Kanton Bern habe Kundgebungen zu stark eingeschränkt und damit gegen die Verfassung verstossen, so das Urteil. Auch sie will nun weitere Schritte prüfen.

«Sollen wir denn die Weihnachtsmärkte oder den Staatsbesuch von Macron absagen?»

Reto Nause, Berner Sicherheitsdirektor

Trotz linker Kritik: Der Berner Sicherheitsdirektor Reto Nause (Mitte) stellt die Einschränkung der Kundgebungen nicht infrage. Er betont, dass der Entscheid vom gesamten Gemeinderat getragen werde. «Sollen wir denn die Weihnachtsmärkte oder den Staatsbesuch von Macron absagen?», fragt er Kritikerinnen und Kritiker. Zudem handle es sich nicht um ein Verbot, da in der Innenstadt – die Rede ist hier von der Oberen und Unteren Altstadt – kleine Mahnwachen ja weiterhin möglich seien. Auch Kundgebungen ausserhalb des Innenstadtparimeters blieben möglich.

Als Mahnwache gilt laut der Sicherheitsdirektion eine ruhige Gedenkveranstaltung ohne laute Parolen, die einen gewissen Appellcharakter habe. Ab wann eine Demonstration als gross oder klein eingestuft werde, könne man nicht an einer Zahl festmachen. «Entscheidend ist, was die Veranstaltenden selbst für Angaben zur erwarteten Teilnehmerzahl machen und in welchen Kreisen mobilisiert wird.»

Bürgerliche stützen Verbot

Hinter die Berner Stadtregierung stellen sich die bürgerlichen Parteien. «Bei den Solidaritätskundgebungen für Palästina besteht eine grosse Gefahr von Strafhandlungen. Deshalb finde ich das Verbot gut», sagt Alexander Feuz, Fraktionspräsident der SVP in Bern. In Deutschland sei an solchen Demonstrationen das Kalifat gefordert worden. «Aber juristisch ist der Eingriff in das Demonstrationsrecht umstritten», räumt Feuz ein.



Kleinere Demonstrationen und Kundgebungen, wie am Donnerstag zum Thema «Passbeschaffungspflicht für Eritreer*innen in der Schweiz abschaffen!» auf dem Bundesplatz, sollten weiterhin möglich sein.

Foto: Nicole Philipp

Auch René Lenzen, Co-Präsident der FDP Stadt Bern, hat Verständnis für den Entscheid. Er betont die begrenzte Zeitdauer der Bestimmung: «Das Verbot gilt für fünf Wochen, in einer Zeit, die politisch aufgeladen und mit anderen Veranstaltungen sicherheitstechnisch stark belastet ist.» Verständnis hat Lenzen auch aus inhaltlichen Gründen: «Mit der Haltung gewisser Demonstrierender, vor allem dem schwellenden Antisemitismus, tue ich mich schwer», sagt er.

Auch Zürich will Demoverbot

Mit seinem Entscheid steht Bern nicht allein da. Auch in Zürich wird die Forderung nach einem Demonstrationsverbot laut. «Ich will keine deutschen Verhältnisse», sagte der Zürcher Sicherheitsdirektor und Regierungspräsident Mario Fehr (parteilos) gegenüber der NZZ. In Deutschland seien Anti-Israel-Demonstrationen von Extremisten gekapert worden, diese könnten auch in der Schweiz Hass verbieten. Deshalb will Fehr Pro-Palästina-Demonstrationen grundsätzlich verbieten.

Kommt es zu Grossdemos, so tangiert das gerade auch die Polizei. Adrian Wüthrich, Präsident des Bernischen Polizeiverbands, bestätigt, dass die vergangenen Monate für die Polizeikörpers aufgrund der vielen Veranstaltungen belastend gewesen seien. Weniger Kundgebungen seien daher im Interesse der Mitarbeitenden. Wüthrich unterstreicht aber, dass die Polizei jederzeit leistungsfähig sei und bei einer Kumulation von Einsätzen die Unterstützung des Polizeikonkordates anfordern könnte.